

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlag: Riesner Verlag, Dresden, Nr. 20.

Postamt: Leipzig 2100, Kreisamt: Dresden, Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 289.

Montag, 15. Dezember 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, 1,50 Mark zum Lustiggebühren, bei Abholung am Postamt vierteljährlich 4,10 Mark, monatlich 1,70 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen. Ein Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile 7 Silben (7 Silben) 40 Pf., Ortspreis 40 Pf., Fernsprecher und telegraphischer Weg 10%, Rufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Stelle Tarife. Bewilligter Rabatt: erlischt, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch tritt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierteljährliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Expedition oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vervielfachung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesa; für Anzeigenstell.: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Rachgebende Bekanntmachung der Reichsfleischstelle wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 12. Dezember 1919.

Reichsfleischstelle, Ministerium, Landesfleischmittelamt.

13579, 2864 V L A III

Bekanntmachung

zu der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Gütern von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. November 1919 (R. G. Bl. Seite 1903). Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Gütern von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. November 1919 (R. G. Bl. S. 1903) werden für die Zeit vom 15. Dezember 1919 bis zum 18. Januar 1920 einschließlich folgende Sätze als Höchstzuschlag, der an den Tierhalter zu bezahlen ist, für den Zentner Lebendgewicht festgesetzt:

für Rinder, ausgenommen Kälber	48,— M.
für Kälber	87,— "
für Schafe	54,— "
für Pferde, einschließlich Fohlen, Stel., Maul- tiere und Maulesel	33,— "

Berlin, den 8. Dezember 1919.

Reichsfleischstelle, Verwaltungsabteilung, Der Vorsitzende, gen. v. O. Freitag.

Leihpferdebefichtigung.

In der Kaserne zu Großenhain werden befristet: am Freitag, den 19. Dezember 1919, vormittags 1/8 Uhr sämtliche von Truppenteilen des früheren XII. und XIX. Armeekorps, sowie von den Remontedepots — ausschließlich Remontedepot Kalkreuth — ausgeliehenen Truppenpferde, am Sonnabend, den 20. Dezember 1919, vormittags 1/8 Uhr sämtliche vom Remontedepot Kalkreuth ausgeliehenen Truppenpferde. Die Inhaber von Leihpferden werden aufgefordert, die Pferde pünktlich vorzuführen. Bei Nichterscheinen zur Befichtigung verlieren die Entleiher die vom Landwirtschaftsamt auf besonderen Antrag zugestandene Berechtigung zum Ankauf der Leihpferde. Unmittelbar im Anschluß an die Befichtigung findet der Verkauf der dienstunbrauchbaren Pferde durch den Landwirtschaftsamt statt.

Nationalversammlung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sonnabend-Sitzung um 1 Uhr 40 Min. Bei der ersten Lesung des deutsch-polnischen Vertrages über die vorläufige Regelung von Streitigkeiten führt Reichsminister Müller aus: Dieser Vertrag ist ein weiteres Teilergebnis der deutsch-polnischen Verhandlungen. Die polnische Regierung verfügt nicht über einen genügend großen Beamtenstab. Deshalb stellen wir die erforderlichen Beamten für die Uebergangszeit zur Verfügung. Die haben unter gewissen Bedingungen zugestimmt, wenn den Beamten die nötigen Vorkehrungen getroffen werden für die Regelung der Gehaltsverhältnisse und die Gewährleistung der Sicherheit ihres Vermögens und ihrer Person. Das Gesetz wird ein Provisorium von kurzer Dauer sein. Ich bitte um seine Annahme. Das Gesetz wird jedoch in allen drei Lesungen angenommen. Hierauf wird die Novelle zum Bankgesetz in 2. und 3. Lesung nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Es folgt die 1. Beratung des Gesetzes über die Verfolgung von Kriegsverbrechen und Vergehen. Abg. Cohn (Unabh.): Im günstigsten Falle ist das Gesetz ein Versuch, das Recht wieder walten zu lassen gegenüber Vergehen im Lande und in feindlichen Ländern, die durch Deutsche begangen worden sind. (Hoch rechts.) Denken Sie an die Verwendung der Kriegsgefangenen und an die völkerrechtswidrigen Verträge in der Heimat. (Hoch rechts.) Unerbittlich! Denken Sie an die deutschen Kriegsgefangenen! Den zahlreichen Fällen von Mißhandlungen, die durch die Vorlage nicht getroffen werden, muß die Regierung auch nachgeben. Sie verzögern den Eintritt des Friedenszustandes, wenn Sie sich dem Wiederinkrafttreten des Gesetzes entgegenstellen. Anstelle der gelebten Richter muß das Volksgesetz eingeführt werden. Wir beantragen auch, daß nicht das Reichsgericht, sondern ein Volksgericht zuständig sein soll. Reichsminister Schiffer: Ein Gesetz zur Wiederentwaffnung vorgelommener Rechtsverletzungen brauchen wir nicht. Das geltende Recht genügt. Ich muß die beweislosen Beschimpfungen Cohns gegenüber dem deutschen Rechtswesen zurückweisen. (Sehr richtig! rechts.) Die Einführung eines Volksgerichts wäre hier nicht am Platze. Abg. Landsberg (Dem.): Mit Verbessern und Solidarität zu erklären, nur weil sie Deutsche sind, lehnen wir ab. Reichsminister Müller: Ein Zusammenhang mit der Ratifikation des Friedensvertrages besteht für das Gesetz nicht. Abg. Cohn (Unabh.) fragt nach der Abhandlung für die Herstellung von Industrieanlagen in Frankreich und Belgien. (Unruhe.) Jegend ein Ermittlungsverfahren ist noch nicht eingeleitet. Damit ist die 1. Lesung erledigt. Das Gesetz wird in 2. und unmittelbar darauf in 3. Lesung einstimmig angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Präsident Fehrenbach schlägt vor, die nächste Sitzung am Montag um 3 Uhr abends mit der Tagesordnung: Umweltschutz. Abg. Cohn (Unabh.) tritt, die nächste Sitzung erst am Dienstag abzuhalten, da der Ausschussbericht noch nicht fertiggestellt sei. In der lebhaften Gedächtnisprotokolldebatte macht Abg. Cohn (Soz.) für diesen Fall zur Bedingung, daß noch am Freitag und Sonnabend das Betriebsrätegesetz erledigt werde. Abg. Trimbosen (Centr.) hält das für unmöglich. Abg. Cohn (Soz.) wirft der Mehrheit vor, daß sie es bei dem Gesetze am Interesse für die Arbeiter fehlen lasse. Wenn Parlamentarismus man Dauerleistungen veranlaßt. Damals handelte es sich allerdings auch um den Geldbeutel. Abg. Graf Pöschel (Unabh.) (Deutschland): Die Rechte hat in den letzten Wochen bewiesen, daß sie sich von Obstruktion vollständig fernhält. Präsident Fehrenbach bestätigt das. Die Abkündigung, ob am Montag oder am Dienstag getagt werden soll, bleibt weitestgehend. Der Himmelsprung ergibt die Ablehnung des Vorberichts des Präsidenten. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr vormittags: Elektrizitätsgesetz und Umweltschutz. Sitzung 8 1/2 Uhr.

Parteitag der Demokraten.

Der Parteitag der deutschen demokratischen Partei hat am Freitag in Leipzig mit einigen Vorbereitungen seinen Anfang genommen. Ferner war eine Volksversammlung einberufen worden, in der zwei grundsätzliche Vertreter der Partei zu Worte kamen. Der Hamburger Senator Peterlen sprach über „Deutsche Demokratie“ und Gertraud Häumer über „Die geistigen Hintergründe der neuen Zeit“. Nach diesen Vorbereitungen wurde Sonnabend der außerordentliche Parteitag der deutschen demokratischen Partei im großen Saal des Zoologischen Gartens vom stellvertretenden Vorsitzenden des Parteiausschusses, Senator Dr. Peterlen, eröffnet. Den Vorsitz des Parteitages übernahm Dr. Peterlen, unterstützt vom sächsischen Finanzminister Rischke, Frau Marie Eritt-Dresden, Stadtrat Graf-Beipolzig und Dr. Hohmann-Rühmen. Reichsminister des Innern Dr. Koch gab den Bericht über die politische Lage und gedachte in warmen anerkennenden Worten des verstorbenen Parteiführers Friedrich Raumann. Koch bestätigte die neuerliche Eintritt der Demokraten in die Regierung, der notwendig geworden sei, weil wir nur auf einer möglichst großen parlamentarischen Basis die kommenden Schwierigkeiten überwinden können. Der Demokratie sei es zu verdanken, daß der Reichstag, der bei der Revolution völlig nach links gefallen sei, wieder ausgerichtet wurde. Es sei für die Herren von Reich sehr leicht, mit dem Monopol im Auge und den Händen in den entscheidenden politischen zu machen. Die Opposition der Rechten sei nicht nur eine parlamentarische, sondern richte sich gegen die Staatsformen. Der Redner warf dann die Frage auf, ob es möglich sei, einen starken Mann an die Spitze der Regierung zu stellen. Das würde zu einer katastrophalen Politik führen, die nur führen, aber nicht aufbauen könnte. Was die deutsche Volkspartei betrifft, so sei es ein Unglück, daß die Partei immer weiter nach rechts gehe. Es sei heute keine gute Strategie, den monarchischen Standpunkt in den Vordergrund zu stellen. Jeder Uebergang der Regierung an die Unabhängigen oder auch die Aufrichtung der Monarchie bedeute heute den Bürgerkrieg. Die Sozialdemokratie habe allen Anfeindungen zum Trotz an der Demokratie festgehalten. Demokratie sei Vertrauen in die leistungsfähigsten Führer. Die Sozialdemokratie will ihre Leute in Stellungen hineinbringen, für die sie nicht hinreichend gerüstet sind. Das Kompromiß mit dem Zentrum bedeute für die Demokraten auf vielen Gebieten ein schmerzliches Entgegenkommen. Die Koalitionspolitik sei aber das einzige, das noch ein Stück Hoffnung gebe, und vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Drei Bedenke habe die Koalitionspolitik: die Wiederherstellung der Ordnung, die Erhaltung der Rechtseinheit und die Zurückführung des Volkes zur Arbeit. Wir wollen nicht eine Zentralisation, sondern eine Dezentralisation. Die einzelnen Länder wollen Selbstverwaltung haben. Bei dem Betriebsrätegesetz müsse man sich um eine innere Verknüpfung bemühen. Weiter wendet sich Redner kurz der Steuerpolitik zu. Entweder eine Steuerpolitik, die wie eine Dampfwehre über manche Erfindungen hinweggehen wird, oder ein Staatsbankrott. Die Behauptung, daß das deutsche Volk erst in der Revolution zusammengebrochen sei, sei eine geschichtliche Unwahrheit. Was den Untersuchungsansatz angeht, so sei die Auffassung: Die Cohn — die Hindenburg tendenz. In Zukunft solle man bei dem Untersuchungsansatz vorsichtiger verfahren. Man solle von Tatsachen reden. Einmal müsse Klarheit geschaffen werden. Unter Volk habe einen guten Kern. Wir können wieder hoch kommen. Das gibt uns Kraft, um mit dem Volk der Welt weiter zu arbeiten für Demokratie und Vaterland. An das Referat schließt sich eine allgemeine politische Aussprache, zu der 10 Redner gemeldet sind, und mit der die Verhandlungen des Sonnabend vollständig abgeschlossen sind.

Am zweiten Tag des Verbandstages kam das neue Grundgesetzprogramm der Partei zur Verhandlung. Dr. Rothwisch-Ludwigshafen, Mitglied der Nationalversammlung, sprach zu den wirtschaftlichen Fragen. Er ging von der Verdrängung unseres Wirtschaftslebens aus, das folgende Ursachen habe: Der verlorene Krieg lähmte den Arbeitswillen des Volkes. Unter den Nachwirkungen des Krieges ist unsere Volkswirtschaft zu Fall gekommen. Es würde aber dahin kommen, daß unser Preisniveau dem des Auslandes wieder gleich wird. Es sei kein so großes Unglück, wenn ausländisches Kapital einwanderte und sich an Industrieunternehmen beteiligte, wir würden dadurch nicht zu Fronknechten des Auslandes. Dem Uebermaß an Zahlungsmitteln müsse entgegengetreten werden. Das Reichsnotopfer sei eine demokratische Forderung. Das Betriebsrätegesetz muß von der Fraktion angenommen werden. Es sei auch ein Fraktionsprogramm ausgearbeitet, aber bei der sächsischen politischen Entwicklung sei es besser, sich auf das dem Parteitag vorliegende aktuelle Programm im Wahlkampf zu stützen. Dr. Frankfurter-Berlin sprach über das Parteiprogramm. Das Programm habe dem Deutschen Volk den Weg in die Zukunft weisen wollen. Es habe sich gegen die Nationalisation ausgesprochen, wir stehen aber fest zum nationalen Gedanken. Wir sind Republikaner und wollen es sein. Wir wollen selbständige aktive Politik treiben und durch das Programm Führer der Partei herausbilden. In der Debatte über das Wirtschaftsprogramm sprach zuerst Dr. Bogelstein-Berlin. Er trat, obwohl ganz unterschiedlich, für Erhaltung des Unternehmertums und Privatkapitals ein. Dr. Dill-Düren sprach über Ernährungsfragen. Dr. Eise-Berlin bringt eine Resolution ein, daß das Reichsnotopfer nicht in einer einmaligen Abgabe, sondern in einer fortwährenden, die gleichen Ergebnisse liefernden Vermögensabgabe erhoben werde. Ingenieur Kunge verlangt Schaffung eines technischen Reichsministeriums. Derselbe Forderung stellt Ingenieur Dillant. Dr. Böhm-Berlin wendet sich gegen die Umgestaltung des sächsischen Wirtschaftsministeriums, betreffend Verstaatlichung der landwirtschaftlichen Betriebe. Ein Antrag der Frau Marie Deutsch wird angenommen, wonach im Wirtschaftsparlament die freien Verufe zu ihrem Recht kommen. Den Brüdern im besetzten Gebiet und in Deutsch-Oesterreich werden die Grube des Parteitages überhand. Bei Besprechung des politischen Programms betont Prof. Dr. Gerlach-Rühmen in längeren eindrucksvollen Ausführungen, daß das Programm noch zu viel von der alten Zeit die und wenig Geist der neuen Gegenwart zeige.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Londoner Besprechungen. Ueber die Konferenz in Downing Street heißt es laut Telegramm in der amtlichen Erklärung: Auf Einladung der britischen Regierung ist Clemenceau nach London gekommen, um mit dem Premierminister, dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und anderen britischen Ministern eine Konferenz über verschiedene Fragen, die Frankreich und England betreffen, abzuhalten. Da viele dieser Fragen finanzieller und volkswirtschaftlicher Natur sind, wählte der Konferenz auch Minister Louchere bei. Der Premierminister benutzte die Anwesenheit Clemenceaus in London zu einem Gedankenkreislauf über die adriatische Frage, dem auch der amerikanische Botschafter beizuhöhen. An der Konferenz über die russische Frage nahm auch der japanische Botschafter teil. Auf der Konferenz mußten außerdem mehrere internationale Fragen geregelt werden, besonders die des Friedens mit der Türkei. Die Konferenz zeichnete sich durch außergewöhnliche Herzlichkeit aus. Ueber alle Fragen wurde vollständige Uebereinstimmung erzielt. Die dreitägige Zusammenkunft hat ergeben, daß zwischen den Alliierten vollkommene Solidarität herrscht. — Die „Telegraph“ aus London meldet, wollen einige Blätter wissen,